

# Modern times, hard times

## Einblicke in die Epoche der Endzeit

HORST PANKOW

Moderne Zeiten galten noch vor gar nicht allzu langem als schwierige, ja, harte Zeiten. Freilich bedurfte es für diese Einschätzung einer gewissen kritischen Distanz zu den jeweils aktuellen Geschehnissen, die vom herrschenden Zeitgeist stets als Fortschritt bzw. als unmittelbare Vorstufe zu einem solchen affirmiert wurden. Charlie Chaplins Filmklassiker *Modern Times* von 1936 liefert noch heutigen Betrachtern auf witzig-melancholische Weise eine eindrucksvolle Darstellung der Ausgeliefertheit des Individuums an die seinerzeitige „Fabrikgesellschaft“. Dass kapitalistische Warenproduktion völlig anderen Zwecken genügt als denen der Erfüllung realer menschlicher Bedürfnisse, ist selten wieder so eindrucksvoll filmisch inszeniert worden. Und als neun Jahre und einen Weltkrieg später, im Herbst 1945, französische Linksintellektuelle um Jean-Paul Sartre die Zeitschrift *Les Temps Modernes* gründeten, wollten sie mit dem Titel alles andere als stromlinienförmige Anpassungswilligkeit zum Ausdruck bringen. Vielmehr sollte damit der Wille formuliert werden, angesichts des mählich heraufziehenden Kalten Krieges und der absehbaren Parteinahme sozialdemokratischer wie parteikommunistischer Linker für die eine oder die andere der neuen Weltmächte eigenständige kritische Positionen in emanzipatorischer Absicht zu beziehen<sup>1</sup>.

Die Skepsis der Linken gegenüber dem affirmativen Attribut des Modernen für die neuen Entwicklungen kapitalistischer Gesellschaften war Ausdruck der Krise des teleologischen Geschichtsverständnisses des tradierten Marxismus. Diesem zufolge hätte die gesamtgesellschaftliche Entfaltung kapita-

listischer Produktionsweise nicht nur ein antagonistisch organisiertes Proletariat hervorbringen, sondern diesem längst den kommunistischen Sieg beschert haben müssen. Dass dieser jedoch ausgeblieben war und selbst nach den in weiten Kreisen als Zivilisationskatastrophe empfundenen Gemetzeln des Ersten Weltkrieges große Teile des europäischen Proletariats ihren „Sozialpatriotismus“ umstandslos in Parteinahme für faschistische Bewegungen zu transformieren vermochten und der Rest unter dem Einfluss sozialdemokratischer und stalinistischer Parteiapparate in weitgehender Passivität verharrte, ist nicht nur Ausdruck einer real-historischen Katastrophe, sondern auch eines in historisch-metaphysischen Kategorien befangenen Denkens. Angesichts des Wissens um diese Doppel-Katastrophe, die ja durchaus auch eine Bedingung für die Menschheitskatastrophe von Auschwitz war, dennoch am Vorsatz menschlicher Emanzipation vom Kapitalverhältnis festzuhalten und deshalb *Moderne Zeiten* als antihuman und daher der selbstbewussten Aufhebung harrend zu begreifen, kennzeichnet die Würde und intellektuelle Größe jener heute äußerst unzeitgemäßen Linken.

Heutzutage, nach dem Abtreten linksradikaler Rigorosität und der durchgesetzten marginalen Elendsexistenz kritischen Denkens, gelten *Moderne Zeiten* als unhinterfragbarer Ausdruck einer als quasi endzeitlich verstandenen Epoche.<sup>2</sup> Die ideengeschichtliche Existenz dieser als Moderne bezeichneten Epoche ist eigentlich noch nicht sehr alt, sie entstand als „hegemoniale“ Kategorie affirmativer Weltbetrachtung etwa Mitte der 80er Jahre, zunächst in Abgrenzung zum seinerzeit neuen Terminus ‚Postmoderne‘. Diese wurde als öffentliches Ereignis ausgerufen, nachdem die „großen Erzählungen“ in den

<sup>1</sup> Übrigens gab es in den frühen 80er Jahren auch in der westdeutschen Linken eine Monatszeitschrift *Moderne Zeiten*. Herausgeber- und Autorenschaft rekrutierte sich aus ehemaligen KB-Mitgliedern und anderen damals noch radikalen Linken, die innerhalb der „Grünen“ und der vor dem Hintergrund der Stationierung neuer angriffsfähiger US-Mittelstreckenraketen in Europa erstarkenden Friedensbewegung kapitalismuskritische Inhalte durchsetzen wollten. Ähnlich wie beim französischen Vorbild war man bestrebt, neue emanzipationsfähige Subjektformen ausfindig zu machen, was angesichts des damals weit verbreiteten Geredes über „Neue Soziale Bewegungen“ auch nahezu liegen schien. Die Zeitschrift beendete ihr Erscheinen irgendwann um 1983/84 mehr oder weniger sang- und klanglos.

<sup>2</sup> Zwar erschien noch Mitte der 90er Jahre (1996) eine CD der britischen Popgruppe Oasis mit dem Titel *Modern Time is rubbish*. Doch kann dieses Werk getrost als Produkt der Postmoderne verbucht werden.

Bereichen Architektur, bildende Kunst und Literatur als totalitär abqualifiziert und dementsprechend auf den Müllhaufen „der“ Geschichte geworfen wurden. Das daraus folgende Bekenntnis zum wohlgemuten Eklektizismus übertrug sich bald auch auf den Bereich der Sozialwissenschaften, denn was bislang als Ausweis des Fortschritts galt, das Erscheinen immer weiterer Formen des Neuen mit dem Versprechen einer qualitativen Verbesserung menschlicher Sozialität, wollte sich – zumindest in den Gesellschaften des damaligen „Westens“ – partout nicht einstellen. Aus dem gleichermaßen krisenhaften wie innovationsschwangeren Niedergang der zur Gewohnheit gewordenen „Fabrikgesellschaft“ entstand keine neue Perspektive sozialer Erneuerung oder gar Veränderung, vielmehr erschien eine Vielzahl bis dahin unbekannter oder nur randständig existierender „Identitäts“- und Lebenskonzepte auf der Agenda der konformistischen Selbstvergewisserung. Dies wurde zunächst überwiegend abgelehnt: Die Rest-Linke mochte sich über die postmoderne Belieblichkeit, wer schon etwas näher am Zentrum der Gesellschaft war, zeigte sich von der neuen Unübersichtlichkeit irritiert. So beispielsweise der prominente akademische Denker Jürgen Habermas, dessen umfangreiche Textproduktion als eine staatsphilosophische zu bezeichnen wohl in der mehrfachen Bedeutung des Wortes angemessen erscheint.

Habermas machte Mitte der 80er Jahre mit dem Anspruch auf sich aufmerksam, das „Projekt der Moderne auf sich nehmen“ zu wollen, es zu hegen und zu pflegen und nach Möglichkeit weiter zu verbreiten. Vielleicht war es die ostentative Unbescheidenheit des Anspruchs, jedenfalls erwachsen dem zunächst einsamen Rufer bald reihenweise Mitstreiter aus allen bis dahin bekannten politischen Lagern. Worin das ominöse Projekt eigentlich bestand, wer seine Projektoren waren und was es überhaupt von der Welt wollte, darüber bestanden unterschiedliche Ansichten und bis heute herrscht diesbezüglich keine letztgültige Klarheit. Für die einen beginnt das „Projekt der Moderne“ bereits in der Renaissance, als nach langer Zeit

erstmalig wieder die menschliche Physis zum künstlerischen Sujet erhoben wurde. Für andere beginnt es mit der europäischen Aufklärung und dem von ihr formulierten Anspruch auf Autonomie des menschlichen Denkens und Handelns. Wieder andere verorten den Projektbeginn mit der Französischen Revolution und der Inauguration bürgerlicher Staatlichkeit. Anhänger des deutschen Papstes in Rom, der mit der These „Christentum ist Aufklärung“ mancherorts kurzzeitig für Verblüffung sorgte, arbeiten vielleicht schon an einer eindrucksvollen Projektion des Nazareners als erstem Modernen.

Wie auch immer, alle Anhänger der *Moderne* (die von Unfertigem kündende Qualifizierung als „Projekt“ wurde schnell fallengelassen) sind darin einig, dass Menschen grundsätzlich als vom staatlichen Souverän gesetzte Subjekte existieren sollen, dass demzufolge menschliches Tun und Lassen nur vom Staat nach Maßgabe seiner Gesetze reglementiert werden darf. Darüber hinaus gelten die Menschen in der Moderne als völlig in ihrer ökonomischen Situation und juristischen Setzung aufgehende und in ihrem Sinnen, Trachten und Handeln als solchermaßen „frei“, dass sie die wirtschaftliche und staatliche Organisation des Warentausches als selbstverständliche Notwendigkeiten fraglos akzeptieren. Auch staatliche Sanktionen haben in der *Moderne* gewissen Standards zu folgen, nach denen der Mensch als staatlich gesetztes Subjekt mit einer „Würde“ und mit „Rechten“ ausgestattet ist. Auf diese Weise werden de facto direkte Sanktionen, Aneignungen und andere gewalttätige Übergriffe von privater Seite unterbunden und als unangemessen, weil



Charlie Chaplin am Zahnrad der Zeit

„menscheneunwürdig“, begriffene staatliche Gewalt, z. B. Folter und Hinrichtungen, *de jure* untersagt.

Von der „Universalität der Menschenrechte“ schwadronieren heute auch intellektuell abgedankte einstige Ideologiekritiker, Teilnehmer einer Freizeitveranstaltung, an der ja auch der ganz junge Habermas einmal teilhatte. Wenn aber die Rede auf die faktisch in nahezu allen Ländern der *Moderne* zumindest gelegentlich praktizierte Folter im Polizeibereich<sup>3</sup> oder auf die Hinrichtungen in den von manchen als vorbildlich begriffenen USA kommt, kann der Ohrenzeuge besonders aus diesen Kreisen eindrucksvoller Argumentationsartistik gewahr werden: Die Todesstrafe in den USA sei eine äußerst hässliche Angelegenheit, aber immerhin werde die grausige Praxis doch relativiert, indem es jedem frei stehe, ungehindert Kritik daran zu üben. Solcherlei Akrobatik findet ihre Anwendung auch auf den USA entfernteren Regionen. Dass in China die Todesstrafe noch wesentlich exzessiver und willkürlicher praktiziert wird als in den USA, wird zunächst, wenn es sich um dieselben Argumentationsakrobaten handelt, mit Erleichterung aufgenommen („da sieht man doch einen wichtigen Unterschied“), um sodann in geschichtsphilosophische Erörterungen einzusteigen: China sei ein Land der *Moderne*, denn es verfüge über eine funktionierende Staatlichkeit, dies gelte mit gewissen Einschränkungen (Kulturrevolution) auch für das maoistische China, in dem sich zumeist die „dunkle Seite der Moderne“, ähnlich wie im Stalinismus oder NS-Deutschland, zum Ausdruck gebracht habe. Heute sei China ein Staat, der das Recht auf Eigentum garantiere und den privaten Reichtumserwerb fördere, mithin zumindest weit fortgeschritten auf dem Weg in eine „westlich geprägte Moderne“, da werde sich „das mit den Menschenrechten“ quasi von selbst regeln. Im Iran werden neben kriminellen und politischen Delikten bekanntlich auch Sexualstraftaten mit der Todesstrafe geahndet, die im Westen keine (mehr) sind. Auch dies finden Anhänger der *Moderne* und ihrer „universellen Menschenrechte“ sehr bedauerlich, ja, zumeist sogar äußerst verabscheuenswürdig. Dies hindert viele aber nicht daran, dem dortigen klerikalfaschistischen Regime gewisse Pluspunkte in Sachen „auf dem Weg in die Moderne“ zu konzederen, sei es, dass in dieser oder jener Region „unabhängige“ Kandidaten zu Wah-

len nominiert wurden, oder es hier und da einer Frau (selbstverständlich mit Tschador) gelungen ist, in eine Verantwortungsposition, möglicherweise sogar im Justizbereich, aufzusteigen.

Parteigänger der *Moderne* sind also alles andere als Dogmatiker. Es zeichnet sie vielmehr eine Flexibilität des Erfassens und Beurteilens aus, die ihr rigoroser „universalistischer“ Anspruch zunächst nicht vermuten lässt. Eines sind sie aber gewiss: Antikommunisten, oder, falls dieser Titel nicht mehr zeitgemäß erscheint, Gegner jeder menschlichen Emanzipation von Ökonomie und Politik. Der Kommunismus will den realen Menschen zum tatsächlichen Subjekt der Gesellschaft und ihrer Geschichte erheben, ihn aus den ideologisch definierten und juristisch fixierten Rollen gegenüber dem gesellschaftlich vorhandenen und möglichen Reichtum befreien. Dass die Potenziale gesellschaftlichen Reichtums allen, ungeachtet ihrer realen Fähigkeiten und ihren konkreten Bedürfnissen, nach Belieben zur Verfügung stehen sollen, ist eine kommunistische Forderung, die seit ihrer Formulierung im 19. Jahrhundert nichts an Aktualität eingebüßt hat. Anhängern der *Moderne* muss solch ein Anliegen als Feindschaftserklärung erscheinen. Tatsächlich ist in heutigen Bekenntnissen zur *Moderne*, d. h. so gut wie in jedem zweiten oder dritten Zeitungs- und TV-Kommentar, von „Rebellion gegen die Moderne“, „Aufstand gegen die Moderne“ und dergleichen die Rede. Dass in diesen Produkten nicht primär vom Kommunismus, sondern von Faschismus und radikalem Islam die Rede ist, bezeugt das Elend der aktuellen *Modernen Zeiten*.

Freilich sind Faschismus und radikaler Islam gemeinsame Feinde von Anhängern der modernen Ordnung wie ihrer kommunistischen Gegner. Könnte also etwas wie eine gemeinsame, durchaus im Wortsinne, Gegnerschaft von radikalen Gegnern der bestehenden Verhältnisse und ihren moderne-gläubigen Affirmatoren denkbar sein? Denkbar schon. Aber realisierbar? Auf deutsche Initiative hatten sich die in Afghanistan Krieg gegen den radikalen Islam führenden westlichen Mächte kürzlich auf eine Offerte an „gemäßigte Taliban“ zwecks Machtteilhabe in einem ohnehin schon vom Westen als „Islamische Republik“ konzipierten Staat geeinigt.<sup>4</sup> Das bedeutete: Liebe Taliban, wir wären bereit mit euch zu koexistie-

<sup>3</sup> Offizielle (z. B. Berichte der EU-„Anti-Folter-Kommission“) wie offiziöse (z. B. Dossiers von „Amnesty International“) legen ein beredtes Zeugnis davon ab.

<sup>4</sup> Die Idee des „gemäßigten Taliban“ wurde der deutschen Öffentlichkeit erstmals Anfang 2008 durch den später entmachteten SPD-Chef Kurt Beck vorgestellt. Am Ende der Bush-Ära signalisierte die damalige US-Außenministerin ein zunächst noch zögerliches Adaptioneninteresse. Für die heutige Obama-Regierung ist die Suche nach der gleichermaßen die Phantasie entzündende wie den praktischen Alltagsverstand frustrierende Figur ein programmatischer Fixpunkt. Der „gemäßigte Taliban“ ist zweifellos dem Phantasie Reich des „moderaten Islam“ zuzurechnen, ein fiktive Region „moderner“ Weltbetrachtung, die manche gar zu der Imaginationsleistung einer „islamischen Moderne“ anspricht.

ren, beschränket ihr eure barbarischen Schlächtereien, eure nahezu genozidale Ermordung von nicht in eurem Sinne konformen Frauen, Homosexuellen und anderen irgendwie in eurem Sinne Eigenwilligen, eure atavistische Bildungs- und Wissensfeindschaft, eure Ablehnung jedes nur in unserem Verständnis zivilisierten Miteinanders auf euer Territorium und nervtet ihr uns nicht mit Gastfreundschaft für Al-Kaida und ähnliche Gruppierungen, wir ließen euch nicht nur völlig ungeschoren, sondern bemühten uns auch um Verständnis für eure ach so autochthone Kultur.

Nun haben die Taliban das Angebot unmissverständlich, „wir sind nicht gemäßigt“, abgelehnt und damit auch ein eindeutiges Drohsignal an möglicherweise mit den westlichen Truppen kooperationswillige Anführer ausgesandt; dennoch: Das Angebot besteht nach wie vor. Es heißt im Klartext: Die Moderne mit ihren „universellen Menschenrechten“ ist bereit, mit der Barbarei nicht nur zu koexistieren, sondern auch zu kooperieren, denn schließlich müssen auch mit den „gemäßigten Taliban“ vertraglich bindende Übereinkünfte geschlossen werden. Immerhin wird man sicherstellen wollen, dass in Zukunft nach Möglichkeit keine westlichen Interessen mehr tangiert werden und wird im Gegenzug der anderen Seite garantieren wollen, deren Gepflogenheiten weitgehend zu tolerieren.

Man könnte meinen, mit der Konstruktion der „gemäßigten Taliban“ durch die Vertreter der *Moderne* habe sich eine weitere kritische Erörterung des Themas erledigt. Gleichwohl erscheint es sinnvoll, dass reale Verhältnis von *Moderne* und ihrer Apologeten zum barbarischen Islam anhand zweier Beispiele unmittelbar zu beleuchten.

Die heutige Türkei gilt weithin als ein Land, das es im Verlaufe seiner Modernisierungsgeschichte zu einer den nationalen Belangen äußerst förderlichen Beziehung von „Tradition und Moderne“ gebracht habe. Zwar werden gelegentlich noch Mängel in „Fragen der Menschenrechte“ bemerkt, doch geht deren Feststellung zu meist mit der Vergewisserung ihrer baldigen Behebung durch eine Intensivierung türkisch-europäischer Zusammenarbeit einher. In

der Tat: Die Türkei hat in bald 90 Jahren einen beachtlichen Weg vom klerikal-feudalen Koloss auf wackeligen Beinen zu einer agilen technokratisch-kapitalistischen Macht zurückgelegt. Vor allem in den letzten 20 Jahren hat sich der einstige antikomunistische Kettenhund der Nato zu einem erfolgreichen Exporteur von Agrarprodukten und ausländischen Distributoren zu Dumping-Preisen feilgebotenen Textilien entwickelt. Ebenfalls in den letzten 20 Jahren verzeichnet das Land in den Augen der *Moderne* enorme Fortschritte in Sachen Demokratisierung: Das politische Führungspersonal und dessen Anwärter bestehen darauf, sich durch Wahlen bestätigen zu lassen. Mögen diese Wahlen auch ein paar Schönheitsfehler aufweisen – Verbot oder Einschüchterung von unliebsamen Parteien, vor allem der Linken und der Kurden und eine Zehn-Prozent-Hürde bei der Erlangung von Parlamentsmandaten –, für Freunde der *Moderne* sind das Kleinigkeiten. Die hierzulande lobend zur Kenntnis genommene Ausgewogenheit von „Tradition und Moderne“ stellt sich in der Türkei selbst als Balance von Islam und Militär dar. Von einer fanatischen Militär-Kamarilla um den legendären Kemal Atatürk gegründet und von dieser in den 1920er Jahren rigide ethnisch gesäubert, scheint es dem türkischen Staat mit der Etablierung des Islam als Staatsreligion im preußisch-deutsch-wilhelminischen Sinne – die „Staatskirche“ wurde in Form eines Religionsministeriums, das bis heute die religiösen Inhalte türkischer Moslems auch außerhalb der Türkei definiert – gelungen zu sein, kulturellen Rückstand der Gesellschaft und Modernisierungsambitionen des Staates zu einem für letzteren äußerst produktiven Amalgam zu verschmelzen. Daran konnte auch der Aufstieg der islamischen AKP zur Regierungspartei nicht viel ändern. Nur sel-



Anstatt Kino

ten bedurfte es mahnender Ansprachen des militärischen Oberkommandos, um regierungsislamistischen Eigensinn im Zaum zu halten. Mögen Islamisten und Nationalisten in der heutigen Türkei noch so spinnefeind erscheinen, es eint sie doch das gemeinsame Bekenntnis zu dem, was sie als „Türkentum“ bezeichnen: das häufig erregt formulierte Bekenntnis zur wie auch immer definierten „Größe der Nation“ nach innen wie nach außen.

Doch gerade im Inneren des Staates stößt das Bekenntnis auf eine peinliche Grenze. Vor allem im Südosten des Landes wird das „Türkentum“ von beträchtlichen Bevölkerungsteilen überhaupt nicht geschätzt, man hält es eher mit einem Kurdentum, auch wenn man dies nicht so grandios-pathetisch zur Schau trägt, sondern sich lieber im Scharfschiessen auf ungeliebte türkische Soldaten und Polizisten übt. Der kurdische Separatismus ist die offene Wunde des türkischen Staates: Nie ist es ihm gelungen, den Protest gegen die offensichtliche ökonomische Benachteiligung und politische wie kulturelle Diskriminierung der Kurden in staatsbürgerlich-affirmative Bahnen zu leiten und damit national produktiv zu machen, nie vermochte er es nach dem Beispiel Nordirlands oder des spanischen Baskenlandes, integrative Angebote zu unterbreiten, in deren Gefolge nur noch schrumpfende Minderheiten der irredentistischen Militanz huldigen würden. Stattdessen setzt die Türkei hier neben der Durchsetzungskraft ihres Militärs – auf den Islam. Konkret heißt das: In den ländlichen Regionen des Südostens werden die männlichen Mitglieder von Familien und Dorfgemeinschaften, denen aufgrund ihrer islamisch-religiösen Befangenheit das Anliegen der kurdischen Nationalpartei PKK am Hinterteil des Propheten vorbeigeht, für so genannte „Dorfschützer“-Einheiten angeworben, deren Mitgliedschaft neben geringem Bargeld durch Bewaffnung abgolonzt wird. Jeder „Dorfschützer“ – insgesamt soll es etwa 70.000 von ihnen geben – erhält eine Maschinenpistole nebst Patronengurten und mindestens zwei Handgranaten, was im sozialen Zusammenhang dieser Männer einen großen Prestigezuwachs darstellt. Für jeden getöteten PKKler – ob er tatsächlich oder vermeintlich ein solcher war, ist nachrangig – gibt es eine Prämie, ebenso für „sachdienliche Hinweise“ an die Armee. „Überhaupt nicht schön“ werden türkeifreundliche Anhänger der *Moderne*

dies kommentieren und eilends darauf hinweisen, dass solcherlei Staatshandeln im dramatischen „Spannungsfeld von Tradition und Moderne“ stattfindet.

In diesem Spannungsfeld fand Anfang Mai ein dramatisches Ereignis statt, das vorübergehend in deutschen Massenmedien als eine Art GAU (Größter Anzunehmender Unfall) der türkischen Innenpolitik rezipiert wurde. Freilich nicht als ein GAU des türkischen Weges in die *Moderne* oder gar des „Projekts der Moderne“ selbst. In dem südostanatolischen Dorf Bilge war eine Hochzeitsfeier jäh durch Schüsse beendet worden. Mehrere Dutzend Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts lagen mit grässlichen Schusswunden versehen unter Allahs Himmel. Die Beschreibung und gelegentliche bildliche Darstellung der Schusswunden in den Massenmedien erinnerte den Rezipienten an Bilder aus Sam-Peckinpah-Filmen. Doch anders als bei Peckinpah standen die Getroffenen nach vollendeter Action nicht wieder auf, entfernten die artifiziellen Wunden und ließen in der Drehpause bei geistigen Getränken Allah oder den Herrgott einen guten Mann sein. 44 von ihnen waren tatsächlich tot, viele schwerverletzt, einer starb zwei Tage später im Krankenhaus.

„Es war ein Ehrenmassenmord“. So beurteilte zwei Tage später eine türkische Frauenrechtlerin das Gemetzel in einem *taz*-Interview. Und sie hatte Recht: Es ging um die Braut, die als Kind einem Angehörigen des Nachbardorfes „versprochen“ worden war, der dem gleichen „Stamm“ angehörte. Irgendwann, über Einzelheiten erfahren wir nichts, muss diese Vereinbarung von der Brautfamilie als ungültig betrachtet worden sein. Die Ankündigung der Hochzeit mit einem „Illegitimen“ wird im Nachbardorf als Provokation begriffen worden sein. Hinzu kommt ein schwerwiegender Fakt, den die *taz* aus dem Mund des türkischen Innenministers zitiert: „Die Familie der Angreifer und die des Bräutigams sind seit 20 Jahren verfeindet.“ Folgerichtig griffen die Männer des düpierten Dorfes zu den Waffen und produzierten ein Massaker. „Ein Massaker mit den Waffen des Staates“, titelt die *taz* noch einmal zutreffend. Denn alle Todeschützen verfügten über ein Engagement als „Dorfschützer“, die Waffen waren ihnen staatlicherseits zur Liquidierung kurdischer Rebellen ausgehändigt worden.

<sup>5</sup> An einer Lösung wird gearbeitet, deren Bestandteile freilich alles andere als neu sind. Der schädliche Konsum von unterhaltungsindustriellen Waren wird hier wie dort für überraschende wie sozial unproduktive Gewaltexzesse verantwortlich gemacht. „Auch in Diyarbakir [sog. „Kurdenhochburg“, H. P.] kann man sich amerikanische Massenmordfilme ansehen oder im Internet Killerspiele herunterladen. Über Satellitenschüsseln dringt eine glitzernd-blutige Terminatorwelt in die Köpfe der Verbraucher.“ So räsoniert ein Michael Martens in der FAZ vom 11. Mai 2009 in einem Artikel *Blut und Rache. Das Massaker von Bilge: Archaische Wertvorstellungen und moderner Gewaltkonsum*. Der Autor zitiert darin eine Reihe in türkischen Medien zu Wort gekommener „Experten“, deren Auffassung haargenau mit der ihrer Kollegen hierzulande identisch ist: Die heutige Version der einstigen „Schundliteratur“ in Form digitalen „Schunds“ übt einen unheilvollen Einfluss aus. Überhaupt liegt dem Martens eher eine Betrachtung in irgendwie größeren Zusammenhängen am Herzen. Nach nicht einmal der Hälfte seines Artikels verlässt er die Türkei, nimmt seine Leser auf eine Balkanreise mit, die schließlich mit einer Betrachtung der Blutrache in den nordalbanischen Bergen endet.

„Modern Times, hard Times“ heißt es in irgendeinem Folksong der Woodie-Guthry-Ära. Zumindest eine Spur des darin ausgedrückten Pessimismus müsste eigentlich die Anhänger der *Moderne*, speziell die von einem „türkischen Weg in die Moderne“ überzeugten, angesichts des Bilge-Massakers zu Bewusstsein kommen. Denn der praktizierte Mordeifer hatte zumindest, sieht man einmal von der durch – tatsächlich – Gutwillige dem Menschen als Gattungswesen unterstellten Tötungshemmung ab, zwei Hemmschwellen zu durchbrechen: Die von der staatlichen Moderne gesetzte, denn die Todesschützen waren ja ausschließlich für das Töten von PKKlern bewaffnet worden, und auch noch die durch die *Vormoderne* des Stammes definierte Loyalität. Was letztendlich den Ausschlag zur Überwindung beider gab, war der islamische Kult der Familie. Ein schwieriger Fall für Freunde der *Moderne*, aber wohl kein unlösbarer.<sup>5</sup>

Die für kritische Betrachter hier relevante Frage lautet: Hätte solch ein interfamiliäres Gemetzel unter der Herrschaft der PKK auch geschehen können? Schließlich versorgt sie in den von ihr kontrollierten Gebieten die Anhänger auch mit Waffen. Die Antwort lautet: Wahrscheinlich nicht. Dem liegt eine äußerst simple Ursache zugrunde. Die kurdischen Nationalisten können sich eine „Ausgewogenheit von Tradition und Moderne“, wie sie der türkische Staat betreibt, für ihr Projekt einfach nicht leisten. Es wäre für ihre Zwecke völlig kontraproduktiv, religiöse Traditionen zu instrumentalisieren. Ihre Religion ist die Zivilreligion nationalen Aufbaus und Fortschritts. Dafür müssen zwangsläufig überkommene Formen des sozialen Lebens über Bord geworfen werden. Der ideale Kurde hat sich weder an religiösem Aberglauben noch an familiären oder Stammestraktionen zu orientieren, sondern einzig und allein an dem, was die Nationalpartei für national gedeihlich hält. Die daraus resultierende Notwendigkeit der völligen Mobilisierung aller individuellen und sozialen Ressourcen bringt für viele zunächst eine in der Region ansonsten nicht anders einzulösende Freiheit mit sich. Im Falle der PKK vor allem für Frauen und Jugendliche, denen durch national-militantes Engagement ein Ausweg aus traditionell vorgezeichneten und persönlich erniedrigenden Lebenssituationen versprochen wird. Wie viele vergleichbare nationale „Befreiungsbewegungen“ in allen möglichen Teilen

der Welt propagiert die PKK eine Befreiung und persönliche Eigenständigkeit der Frauen. Eine Offerte, die zum Nutzen beider Seiten vielfach angenommen wird, denn türkischen wie ausländischen Beobachtern fällt der hohe Frauenanteil dieser Organisation deutlich ins Auge. Für kurdische Frauen bedeutet ein Engagement für die PKK sowohl einen Ausbruch aus dem islamischen Gefängnis als auch die Aussicht auf eine Zukunft, die bislang Männern vorbehalten war: Als Kämpferinnen erlangen sie soziales Prestige und Einfluss, sogar eine Karriere als Kommandantinnen und Funktionärinnen steht ihnen offen. Sollte der nationale Kampf eines Tages von Erfolg gekrönt sein und sie diesen überlebt haben, winken auch den kurdischen Frauen Posten als Politikerinnen und andere Führungspositionen. Ein schönes Beispiel für das, was unter den Insignien kurdischer Befreiung alles an „revolutionär“ erscheinenden Veränderungen möglich ist, liefert gegenwärtig die Entwicklung im autonomen kurdischen Gebiet des Irak.

Ähnlich wie der *moderne* türkische Staat setzte auch die PKK auf zwei wesentliche Elemente von Herrschaft: Was bei jenem die Kombination von Militär und islamischer Tradition ist, stellt sich bei dieser als Kombination von Militär und antitraditionalistischem Subjektivismus dar. Auch die Türkei hatte einst unter der Atatürk-Kamarilla mit einer subjektiv ausgeübten Herrschaft begonnen. In den heroischen Zeiten der Nation bestimmten vom unbedingten Willen eines staatlichen Fortschritts besessene Planer und Strategen die rigide Beseitigung überkommener Sozialformen, deren Primat in der Partikularität von Religion und Tradition bestand. Auch in der Frühzeit der Atatürk-Republik wurde die Befreiung der Frauen zu Staatsbürgerinnen propagiert und mancherorts auch praktiziert. Erst mit der Konsolidierung der Macht als einer *modernen* und ihrer bald auftretenden neuen Infragestellung durch einen anderen national definierten Partikularismus besann man sich auf vormoderne Ansprüche zur Herrschaftssicherung und entwickelte das Konzept einer Balance von „Tradition und Moderne“.

Das türkisch-kurdische Beispiel vermittelte das Bild zweier Versionen der *Moderne*: einerseits die „subjektlose Moderne“ des türkischen Staates, der auch die unmittelbare Gewalt seines Militärs als Ausdruck der un-

hinterfragbaren Gesamtinteressen einer als Einheit imaginierten Nation definiert, andererseits die „subjektive Moderne“ der kurdischen Nationalisten, deren vorgestelltes nationales Gesamtinteresse bis auf weiteres das Ziel einer zu erreichenden allgemeinen staatsbürgerlichen Gleichheit beinhalten muss. So skeptisch man auch einen eventuellen Erfolg der PKK in bezug auf eine mögliche Emanzipation der Menschen von gesellschaftlichen Zwängen einschätzen sollte, an der simplen Erkenntnis einer zumindest temporären Verbesserung der Situation von Frauen, ihrer Befreiung aus dem islamischen Gefängnis, führt kein Weg vorbei. Eine Parteinahme zugunsten der Türkei mit ihrer „Ausgewogenheit von Tradition und Moderne“, wie sie von vielen Anhängern der *Moderne* betrieben wird, kann daher nur als zynisch und – hier trifft das inflationäre Modewort einmal tatsächlich zu – „mensenverachtend“ bezeichnet werden.

Dieser Zynismus der *Moderne* führt uns zum nächsten Beispiel, in die Heimat der „gemäßigten Taliban“, nach Afghanistan. Auch dort wurde in den 70er und 80er Jahren mittels subjektiver Herrschaft das Projekt einer nationalen Modernisierung betrieben. Auch dort galt die Erreichung allgemeiner staatsbürgerlicher Gleichheit, mithin auch die Befreiung der Frauen aus der islamischen Gefangenschaft, als unverzichtbare Erfolgsbedingung. Die Maßnahmen der damaligen afghanischen Regierung, die ab 1979 von sowjetischen Truppen gegen islamischen Widerstand gesichert wurden, und neben der Frauenbefreiung auch so an sich selbstverständliche Dinge wie den Aufbau eines Bildungswesens und einer allgemeinen medizinischen Versorgung enthielten, wurden bekanntlich in der *Moderne* des damaligen Westens als nackter Terror begriffen. Die westliche Unterstützung für den tatsächlichen, islamischen, Terror im Afghanistan jener Jahre kann als bekannt vorausgesetzt werden. Ebenso bekannt dürfte das Endergebnis dieser Unterstützung des angeblichen „afghanischen Freiheitskampfes“ sein: Die Taliban-Herrschaft, die Verwandlung des Landes in ein großes Leichenfeld sowie der Aufbau von Ausbildungslagern der Al-Kaida und anderer islam-faschistischer Terrorgruppen.

In Afghanistan haben wir Großartiges geleistet. Nur das Endspiel haben wir versaut.“ Diese törichten Sätze fallen am Ende des

Spielfilms *Der Krieg des Charlie Wilson* aus dem Munde eines von Tom Hanks verkörperten US-Senators. In dem Film des linksliberalen Regisseurs Mike Nichols wird auf ziemlich obskure Weise die Aufrüstung der afghanischen Mujaheddin mit amerikanischen Boden-Luft-Raketen auf das idealistische Wirken dreier pittoresker und recht sympathischer Figuren zurückgeführt.<sup>6</sup> In die das Spektakel beschließende Erfolgsfeier fällt freilich der Wermutstropfen des versauten Endspiels. Versaut wurde dieses aber nicht von der launischen Fortune eines jeden Spielers, sondern von kapitalistischen Profitinteressen. Nach dem endlich durchgesetzten Abzug der Sowjets ist nämlich niemand in den USA mehr bereit, in Afghanistan auch nur den Bau einer einzigen Schule zu finanzieren, denn damit ist weniger Gewinn zu machen als mit schnell verschleißenden Feuer- und Explosionswaffen. Ohne Schulen, so rät der Senator am Ende des Films, mussten die jungen Afghanen einfach zu Feinden der „freien Welt“, sprich der *Moderne* werden.

*Der Krieg des Charlie Wilson* verdeutlicht den Wunsch nach Subjektivität in der, weil als unhinterfragbares und unaufhebbares Produkt selbsttätiger historischer Entwicklung verstandenen, subjektlosen *Moderne*. Es muss einfach Verantwortlichkeit geben, im Guten wie im Schlechten, lautet die Botschaft. Dass nach dem Ende der dämonisierten Sowjets nun profitgierige Kapitalisten die Rolle der Bösen zu übernehmen haben, ist nur in Bezug auf ein Produkt der US-Kulturindustrie wirklich bemerkenswert. Die Suche nach „Schuldigen“ an der aktuellen Krise kapitalistischer Weltökonomie ist inzwischen international eröffnet worden. Zumindest hierzulande meint man die neuen Bösen auch zu kennen, eine Erkenntnis, die durch den Slogan „Die Verantwortlichen müssen zahlen“ zum Ausdruck gebracht wird. Wer „Verantwortliche“ sucht, findet und zur Rechenschaft zieht, wird sich wahrscheinlich an Sündenböcken vergehen und so seine Verstrickung in die bestehenden Verhältnisse besiegeln. Der Wille einer Aufhebung des bestehenden gesellschaftlichen Ganzen im Sinne einer menschlichen Emanzipation von Kapital und Staat wird von solchen Leuten nicht zu erwarten sein. Und das soll es auch nicht, denn das „Projekt der Moderne“ als Höhepunkt bisheriger Geschichte beansprucht schließlich die Ewigkeit ■

<sup>6</sup> Ein dem alkoholischen und erotischen Genuss reichlich zusprechender texanischer Senator, der in Washington als Hinterbänkler und Gelegenheitslobbyist dilettiert, eine in die Jahre gekommene ehemalige Striptease-Tänzerin, die von antikommunistischem Idealismus nur so strotzt und ein degradiertes, etwas neurotischer CIA-Agent, dessen Maxime „Ich will Russen töten“ man ihm nicht übel nehmen soll. Alle drei verkörpern ganz und gar nicht prude, äußerst lockere Amerikaner, die wie im Westen nur das tun, was ein anständiger Mensch eben zu tun hat.